

## Ä1 Mehr Sicherheit an Eisenbahner\*innen und Fahrgäste\*innen

Antragsteller\*in: Vincent Schlotfeldt (KV Plön)

### Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 19 bis 20:

- Messerverbote an allen Bahnhöfen und Zügen, dabei sind kleine Obst- und "schweizer" Taschenmesser ausgenommen
- ~~Videoüberwachung an allen Bahnhöfen und Zügen~~

### Begründung

Als Reaktion auf unterschiedliche Vorfälle hat die Polizei in den vergangenen Monaten mehrfach, zum Beispiel zur Kieler Woche "Waffenverbotszonen" ausgerufen. Dabei wurde die Definition von Waffen sehr weit gefasst und selbst kleine Obst- und Taschenmesser beschlagnahmt und entsprechende Verfahren eröffnet. Im Rahmen der Verkehrswende muss selbstverständlich für die Sicherheit aller Reisenden und Beschäftigten gesorgt sein, aber auch eine Verhältnismäßigkeit gewahrt werden. Insbesondere viele Touristen auf Tagestouren haben kleine Obst- oder Taschenmesser dabei und würden so von der Nutzung der Bahn eher absehen. Daher sollte hier mit einem vernünftigen Maß herangegangen werden, als mit einem weiten Schlag sämtliche Messer zu verbieten.

Videoüberwachung in Zügen und Bahnhöfen kann das Sicherheitsempfinden erhöhen und zum Teil auch manche Straftaten aufdecken. Allerdings kann mehr Überwachung auch stark missbraucht werden. In Fällen wie dem von Brokstedt hätte auch eine komplette Videoüberwachung keinen Vorteil gebracht, skrupellose Täter\*innen hält auch eine Videoüberwachung nicht von ihren Straftaten ab. Außerdem würde eine flächendeckende Videoüberwachung an allen Bahnhöfen einen enormen Planungs- und Kostenaufwand bedeuten, welcher das sowieso schon zu knappe Budget für die Verkehrswende weiter schrumpfen ließe.